

Das Europaprogramm der europäischen Christdemokraten - der Europäischen Volkspartei -

Vom 7.—10. Juni werden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Der bisher stark einseitig an der Wirtschaftsunion ausgerichtete Aufbau Europas erhält damit sein demokratisches Fundament. Im Vorfeld dieser Wahlen ist deutlich geworden, daß ein von allen Bürgern - nicht nur den Arbeitnehmern - getragenes Europa nur möglich sein wird, wenn sie sich mit ihren Wünschen und Hoffnungen berücksichtigt sehen. Die europäischen Wahlen werden deshalb nicht nur die politischen Entscheidungen in Europa endlich der demokratischen Kontrolle des Wählers unterstellen; sie werden die Entscheidungen selbst - das entspricht der Dynamik demokratischer Prozesse - verändern in Richtung auf eine größere Nähe zum Bürger. Ein solch bürgernahes Europa muß von dem Vertrauen breiter Gruppen getragen sein. Es ist deshalb nicht ohne oder gegen die Arbeitnehmerschaft zu verwirklichen. Wir wollen kein Europa allein der Konzerne, sondern ein Europa aller Bürger.

In der parteipolitischen Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung Europas kann sich keine der großen Parteien anmaßen, sie allein würde die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Dem widerspricht nicht nur die einfache Überlegung, daß keine dieser Parteien ohne die Wählerstimmen der Arbeitnehmer heute eine Mehrheitschance hätte. So sind z. B. rund 40% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in Deutschland CDU-Wähler. Auch kandidieren aktive Gewerkschafter für das Europäische Parlament sowohl bei SPD als auch bei CDU. Deshalb verbitten es sich die Christdemokraten energisch, wenn sie Klassenkampf und Volksfrontbündnisse zwischen Sozialisten und Kommunisten als Gefahr für ein freies und soziales Europa ansehen, dann von der SPD als arbeitnehmerfeindlich bezeichnet zu werden.

Die Christdemokraten haben sich auf europäischer Ebene zur Europäischen Volkspartei (EVP) unter dem Vorsitz des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans zusammengeschlossen. Im Gegensatz zu den europäischen Sozialisten, die sich trotz mehrmaliger Anläufe außer einem Wahlaufuf nicht auf ein gemeinsames Programm einigen konnten, hat die EVP ein „Politisches Programm“ verabschiedet, das für ganz Europa, von Dublin bis Palermo, seine Gültigkeit hat und das nicht an den nationalen Grenzen seine Aussagekraft verliert. Diese Feststellung ist deshalb besonders wichtig, weil die Parteiprogramme unterschiedlichen Charakter besitzen und nicht völlig vergleichbar sind. So ist das Kölner Europawahl-Programm der SPD ein rein nationales Programm, das dem deutschen Wähler überhaupt keinen Aufschluß darüber gibt, wie sich die europäischen Sozialisten gemeinsam die Zukunft Europas vorstellen.

Ähnlich wie in Deutschland sich bei der CDU die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) um das Zusammenwirken mit den demokratischen

Gewerkschaften und um die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen bemühen, so haben wir mit dem gleichen Ziel auch bei der EVP europäische Sozialausschüsse, die Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA), gebildet. Die EUCDA hat in intensiver Vorbereitung wichtige Problembereiche eines sozialen Europas aufgearbeitet. Schwerpunkte dieser Arbeit sind die hohe Arbeitslosigkeit, die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer in den Unternehmen, ein am Verbraucher orientierter funktionsfähiger Wettbewerb und die Ungleichgewichte zwischen den Regionen Europas. Die Vorstellungen der EUCDA haben sich in einem starken Maße in den Programmberatungen der Europäischen Volkspartei niedergeschlagen.

Diese programmatischen Aussagen sind getragen von der Idee der Partnerschaft. Partnerschaft ist kein harmonistisches Weltbild, das vorhandene Interessenkonflikte leugnet; es ist vielmehr die ausdrückliche Anerkennung unterschiedlicher Interessen in einer pluralistischen Gesellschaft, deren friedliche Austragung aber für möglich gehalten wird. Ohne die Idee der Partnerschaft wäre eine funktionierende Tarifautonomie mit starken Gewerkschaften nicht denkbar. Ohne sie gäbe es keine Mitbestimmung der Arbeitnehmer und auch keine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand; auch wenn - das muß kritisch angemerkt werden — wir noch nicht zufrieden sein können mit dem, was wir bisher erreicht haben. Geprägt von dieser Idee der Partnerschaft haben wir Christdemokraten die Aussöhnung mit den Völkern Europas vorangetrieben. Die europäische Einigung war und ist vor allem ein Werk des Friedens. Darin liegt die historische Größe der Europäischen Gemeinschaft. Der Friede in Europa ist von unschätzbarem Wert. Wir dürfen deshalb in Europa nicht den kleinlichen Maßstab des Finanzbuchhalters anlegen. Das Schlagwort des ehemaligen Finanzministers Apel vom „Zahlmeister Europas“ ist - alles in allem - nicht nur falsch, sondern der Einigung Europas abträglich.

Dieses Bemühen um den Frieden zwischen den Völkern darf sich nicht auf die Staaten Westeuropas beschränken. Die Freiheit, die wir haben, verpflichtet uns dazu, allen Völkern diese Freiheit zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Wir sind bereit, große Anstrengungen zu unternehmen, um den Ländern der Dritten Welt wirkungsvolle Hilfe zukommen zu lassen.

Dem Ziel der Aussöhnung zwischen den Völkern entspricht unser Bemühen um den sozialen Frieden innerhalb der Gemeinschaft. In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen und die Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern abbauen. Die Idee der Partnerschaft wird dort wirksam, wo sie für den Menschen in konkreten Situationen erfahrbar wird. Es wird daher die dringlichste Aufgabe des direkt gewählten und von europäischen Parteien getragenen Europäischen Parlamentes sein, konkrete Schritte zu einer Europäischen Sozialunion einzuleiten.

Dazu bedarf die europäische Entwicklung eines in sich geschlossenen Konzeptes, auf dessen Fundament einer gleichgewichtigen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine harmonische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgebaut werden kann. Für uns Christdemokraten ist „das Fundament einer solchen freiheitlichen und sozial gerechten Politik die Soziale Marktwirtschaft“. (EVP-Programm, vgl. die Dokumentation, S. 315 ff.)

Das auf absehbare Zeit gesellschafts- und sozialpolitische Problem Nr. 1 ist die hohe Arbeitslosigkeit. In der EG finden rd. 6 Mio. Arbeitnehmer keine Arbeit; davon sind mit rd. 2,5 Mio. Frauen und Jugendliche besonders hart betroffen. Sie verlangen unsere volle Solidarität. Die Europäische Volkspartei hat umfassende Vorschläge unterbreitet, damit Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit wieder politische Praxis werden können. Es gibt keine sofort greifenden Wunderlösungen, aber die Soziale Marktwirtschaft ist in der Lage, langfri-

stig flexibler als jedes andere Wirtschaftssystem die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Dazu gehört vor allem die Förderung eines qualitativen Wachstums durch neue Innovationen, neue Technologien und durch neue Forschungsarbeiten, die insbesondere kleineren und mittleren Betrieben zugute kommen müssen.

Mit Blick auf die Frauenarbeitslosigkeit ergibt sich zwingend das Erfordernis, mehr als bisher Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Die öffentlichen Dienste sind aufgerufen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen, damit den Frauen und Müttern, die neben der Erziehung des Kindes noch eine qualifizierte Berufstätigkeit ausüben wollen, dazu die Chance eröffnet wird. Für die jugendlichen Arbeitnehmer gilt es, die bildungspolitischen Maßnahmen zu überprüfen. Der einseitige Vorrang akademischer Ausbildung vor beruflicher Ausbildung muß beseitigt werden. Darüber hinaus sind staatliche und private Maßnahmen zu ergreifen, um angesichts der rasanten technologischen Entwicklung in einem lebenslangen Lernprozeß die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung, notfalls bis hin zur Umschulung in einen neuen Beruf, zu fördern. Besondere Programme sind ebenfalls erforderlich für Behinderte. Ihnen muß in Mehrjahreskursen eine medizinisch-berufliche Rehabilitation angeboten werden, der sich eine vollberufliche Eingliederung in den Arbeitsprozeß anschließt.

Qualitatives Wachstum und Arbeitsbeschaffungsprogramme für besondere Problemgruppen werden allein die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Es müssen eine solidarische Lohnpolitik und Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung hinzukommen. Im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien vertritt die EVP die Meinung, daß es weder Aufgabe des Staates noch einer Partei ist, hier Ziele zu setzen. Vielmehr hat die EVP als Partei der sozialen Partnerschaft volles Vertrauen in die Tarifautonomie. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufgerufen, diese Fragen zu lösen, so wie sie in den letzten hundert Jahren Arbeitszeitverkürzung Stück um Stück durchgesetzt haben. Bei der Frage der Verkürzung der Lebensarbeitszeit kann und soll der Staat Hilfestellung leisten. Hier geht es aber nicht primär um eine beschäftigungspolitische Maßnahme, sondern um eine flexible Gestaltung, die es dem einzelnen ermöglicht, selbst zu entscheiden, ob er ab 60 Jahren in den Ruhestand treten will oder nicht.

Multinationale Unternehmen, Betriebsgründungen und Betriebszusammenlegungen über die nationalen Grenzen in Europa hinweg erfordern eine europäische Mitbestimmungslösung. Rechte, die etwa deutschen Arbeitnehmern zustehen, lassen sich auf Dauer den europäischen Kollegen nicht vorenthalten. Daher muß ein europäisches Unternehmensrecht geschaffen werden, in dem Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer miteinander verbunden sind. Beides ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankengutes und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Familienpolitik. Auch in Europa muß die gesellschaftliche Anerkennung und wirtschaftliche Sicherung der Familie vorrangiges Ziel sein. „Die Sozialpolitik muß die Familie, ihre Bedeutung in einer freien, demokratischen Gesellschaft entsprechend fördern und schützen.“ (EVP-Programm) Dazu gehört nach unserer Auffassung die Dynamisierung des Familienlastenausgleichs, die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes für den nicht erwerbstätigen Elternteil und die Anerkennung der Familienleistungen durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente. Wer es mit der Familie ernst meint, wer der Frau konkrete Freiheit einräumen will, der überläßt den Eltern die Wahlfreiheit, in partnerschaftlicher Übereinkunft selbst darüber zu entscheiden, welche Rolle - ob Beruf, Erziehung der Kinder oder beides - Mann und Frau einzunehmen gedenken. Das Familiengeld ist unser politisches Angebot, das die Erziehungskraft der Familie stärkt, ohne die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken. Die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesell-

BERICHTE

schaft wird auch bestimmt von unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen. Wer die bruttolohnbezogene dynamische Rente staatlicher Willkür aussetzt, wer die Zukunftschancen der jungen Generation verbaut, wer die zukünftigen Umwelt- und Lebensbedingungen einengt, der zerstört den für die Gesellschaft notwendigen Generationenvertrag.

Dies sind einige programmatische Schwerpunkte, mit denen die Europäische Volkspartei ein Europa der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit gestalten will. Es ist ein Programm, das an den Interessen aller Bürger orientiert ist.

Hans Katzer, MdB,

Präsident der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA)